Stand: 16.12.2025 21:22:49

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17273

"Planungssicherheit für Geduldete und Ausbildungsbetriebe in Bayern verbessern"

## Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/17273 vom 20.06.2017
- 2. Plenarprotokoll Nr. 106 vom 21.06.2017
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/18569 des VF vom 13.07.2017
- 4. Beschluss des Plenums 17/18761 vom 25.10.2017
- 5. Plenarprotokoll Nr. 114 vom 25.10.2017



# Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

20.06.2017 Drucksache 17/17273

## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Ilona Deckwerth, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Kathi Petersen, Ruth Müller und Fraktion (SPD)

Planungssicherheit für Geduldete und Ausbildungsbetriebe in Bayern verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, anknüpfend an die "Allgemeinen Anwendungshinweise des Bundesministeriums des Innern zur Duldungserteilung nach § 60a Aufenthaltsgesetz" vom 30.05.2017 Maßnahmen zu ergreifen, um die Planungssicherheit für Geduldete und Ausbildungsbetriebe zu erhöhen.

In diesem Sinne sind u. a. folgende Maßgaben anzuwenden bzw. die zuständigen Behörden entsprechend zu informieren und anzuweisen:

- Steht die betreffende Ausländerin bzw. der betreffende Ausländer wenige Wochen vor dem Abschluss einer Schul- oder Berufsausbildung, so ist diesem bzw. dieser in aller Regel eine Duldung nach § 60a Abs. 2 Satz 3 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) zu erteilen.
- Steht die Person vor dem Beginn einer Ausbildung bzw. befindet sie sich in berufsvorbereitenden Maßnahmen, so kann eine Duldung erteilt werden, auch wenn der Ausbildungsbeginn erst in mehreren Monaten bevorsteht. Voraussetzung ist der Nachweis eines Ausbildungsvertrags.
- Sofern die entsprechenden aufenthaltsgesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, ist das Ermessen bezüglich der Beschäftigungserlaubnis in aller Regel zugunsten des Ausländers bzw. der Ausländerin zu reduzieren, um seinen oder ihren aufenthaltsgesetzlichen Anspruch auf Duldungserteilung nicht zu konterkarieren.

Von der bisherigen bayerischen Praxis, bundesgesetzliche Regelungen durch damit nicht kompatible bayerische Sonderregelungen zu unterlaufen, ist umgehend Abstand zu nehmen.

#### Begründung:

Mit dem Bundesintegrationsgesetz, das in seinen wesentlichen Teilen am 06.08.2016 in Kraft trat, schuf der Bundesgesetzgeber wichtige Voraussetzungen für die von der Wirtschaft vielfach eingeforderte Rechtsund Planungssicherheit sowohl für Geflüchtete als auch für Ausbildungsbetriebe. Konkretisierend hierzu hat das Bundesministerium des Innern am 30. Mai 2017 allgemeine Anwendungshinweise zur Duldungserteilung nach § 60a AufentG herausgegeben. Darin enthalten sind u. a. Maßgaben, die die Entscheidungsfindung der Ausländerbehörden bei Personen erleichtern, die kurz vor dem Abschluss einer Schulausbildung oder vor dem Beginn einer Ausbildung stehen bzw. sich in berufsvorbereitenden Maßnahmen befinden. Gerade an diesen Schnittstellen, also bspw. von Schule zu Ausbildung oder Beruf, benötigen diese Personen in besonderem Maße Planungssicherheit. Die Anwendungshinweise des Bundesministeriums des Innern sehen deshalb vor, dass in solchen Fällen (bei Erfüllung der entsprechenden Voraussetzungen) in aller Regel eine Duldung nach § 60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG zu erteilen ist.

So stellen die Hinweise u. a. klar, dass der bevorstehende Abschluss einer Schul- oder Berufsausbildung als Grund für eine Ermessensduldung nach § 60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG gelten kann. Dies erscheint sinnvoll, da sich ein "Schwebezustand" der betreffenden Schülerin bzw. des Schülers oder der bzw. des Auszubildenden häufig kontraproduktiv auf deren/dessen Lernmotivation und Lernerfolg auswirkt – und damit integrationshemmend wirkt.

Zudem wird versucht, mithilfe der Anwendungshinweise den Problemstellungen zu begegnen, die sich aus dem häufig mehrmonatigen Vorlauf zwischen Abschluss des Ausbildungsvertrags und tatsächlichem Ausbildungsbeginn ergeben: Hierzu wird festgelegt, dass eine Duldung auch dann erteilt werden kann, wenn der Ausbildungsbeginn erst in mehreren Monaten bevorsteht. Die entsprechenden Voraussetzungen sind klar umrissen: Neben dem Vorliegen eines Ausbildungsvertrags ist hier insbesondere von Bedeutung, dass noch keine konkreten Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung eingeleitet wurden. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, reduziert sich demnach der Ermessensspielraum der Behörden zugunsten des Ausländers oder der Ausländerin.

Die Staatsregierung soll die genannten Hinweise des Bundesministeriums des Innern als Grundlage zur Duldungserteilung nehmen, anstatt sie – wie bisher wiederholt geschehen – durch bayerische Sonderregelungen zu unterlaufen, die bspw. die Aufnahme einer Berufsausbildung für einen beträchtlichen Teil der Geflüchteten in Bayern deutlich erschweren.

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures**: Frau Kollegin, beachten Sie bitte die Uhr.

Claudia Stamm (fraktionslos): Dieses Spiel mit dem stellvertretenden OB in München ist das Gleiche, als würden Sie sagen: In München sagt der Bürgermeister das, und hier sagt die CSU das.

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures**: Bitte kommen Sie zum Ende.

Claudia Stamm (fraktionslos): Von daher: Die Ehe für alle muss sein. Das ist einfach eine Frage der Gerechtigkeit.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrages. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Claudia Stamm. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun komme ich zurück zu den Dringlichkeitsanträgen betreffend Schwimmunterricht. Hier waren wir mit der Aussprache bereits fertig. In der Abstimmung werden die Anträge getrennt. Ich nehme zunächst in einfacher Form die drei Abstimmungen vor und am Schluss die von der CSU beantragte namentliche Abstimmung.

Wir beginnen mit dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/17267 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREI-EN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Frau Stamm, ich habe Ihren Arm nicht gesehen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (fraktionslos))

 Wie die Opposition. – Gut, damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/17283 – das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄH-

LER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – SPD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/17284 - das ist der Antrag der FREIEN WÄHLER. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. -SPD-Fraktion, die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? - Das ist die CSU-Fraktion. - Gibt es Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/17285 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion. Für diesen Dringlichkeitsantrag wurde namentliche Abstimmung beantragt. Für die Abstimmung stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 19.59 bis 20.04 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Stimmkarten werden außerhalb des Sitzungssaals ausgezählt. Ich möchte feststellen, dass die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/17268 und 17/17269 sowie 17/17271 bis einschließlich 17/17273 und 17/17286 in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen werden.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 10 auf:

Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u. a. (SPD)

Sanierung des Neuen Schlosses Pappenheim: Offene Fragen klären, korrekte Mittelverwendung sicherstellen. (Drs. 17/16352)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit beträgt 24 Minuten. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Schmitt-Bussinger.

Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Erhalt und die Sanierung von Denkmälern ist zweifellos eine wichtige Aufgabe, für Privatbesitzer ebenso wie für die öffentliche Hand. Wenn private Denkmäler saniert werden, beteiligt sich die öffentliche Hand immer wieder nicht nur mit Know-how, sondern auch finanziell. Wichtig ist dabei, dass es dafür klare Vorgaben gibt. So wird das Sanierungserfordernis geprüft, ein Sanierungsplan wird erarbeitet, und es gibt eine Sanierungsvereinbarung bzw. einen Vertrag, in dem detailliert festgelegt wird, was in welchem Zeitraum zu sanieren und instandzusetzen ist. Die Kosten werden

# Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

13.07.2017 Drucksache 17/18569

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD) Drs. 17/17273

Planungssicherheit für Geduldete und Ausbildungsbetriebe in Bayern verbessern

## I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: Alexandra Hiersemann Mitberichterstatter: Karl Straub

#### II. Bericht:

- Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 75. Sitzung am 13. Juli 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Franz Schindler

Vorsitzender



# Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

25.10.2017 Drucksache 17/18761

## **Beschluss**

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Ilona Deckwerth, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Kathi Petersen, Ruth Müller und Fraktion (SPD)

Drs. 17/17273, 17/18569

Planungssicherheit für Geduldete und Ausbildungsbetriebe in Bayern verbessern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

## **Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

## **Abstimmung**

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich sehe bei der CSU nur zögerliche Zustimmung. –

(Volkmar Halbleib (SPD): Die sind noch beim geordneten Übergang, Herr Präsident! – Heiterkeit bei der SPD)

Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

# Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Verfassungsstreitigkeit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

#### Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

## Verfassungsstreitigkeit

Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 21. September 2017 (Vf. 15-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 11 Abs. 3, Art. 13 Abs. 1 Nr. 1b, Art. 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Art. 16, 17 Abs. 1 Nrn. 3 und 5, Art. 20 Nr. 3 und Art. 21 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz – PAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1990 (GVBI. S. 397, BayRS 2012-1-1-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen vom 24. Juli 2017 (GVBI. S. 388) geändert worden ist

PII-G1310.17-0013 Drs. 17/18653 (G)

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	A	A

zur 114. Vollsitzung am 25. Oktober 2017

## Anträge

 Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD Bezahlbaren Wohnraum in Dachgeschossen f\u00f6rdern Drs. 17/16021, 17/18581 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Für ein gutes Klima: Mehr Energieeffizienz im kommunalen Hochbau durch eine sinnvolle Wirtschaftlichkeitsberechnung Drs. 17/16667, 17/18589 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	A	Z

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zum Fall Franco A.! Sein Doppelleben als Oberleutnant der Bundeswehr und anerkannter Flüchtling im Freistaat Bayern und der Verdacht der Planung rechtsextremistischer Terroranschläge. Drs. 17/16947, 17/18437 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

5.	Antrag der Abgeordne Kein Glyphosateinsatz Drs. 17/16976, 17/184	zur Ernteerleichterung		iller u.a. SPD
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
6.	Antrag der Abgeordne Frauen integrieren Fra Flächendeckendes An Drs. 17/16995, 17/184	uen – Fit für den Alltaq gebot für Frauen mit N	g in Deutschland:	
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
7.	7. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Eric Beißwenger u.a. CSU Teilnahme an Nebenlehrer-Seminarangeboten für Absolventinnen und Absolventen eines Studiums der Agrarwissenschaften Drs. 17/17080, 17/18455 (ENTH)			
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				ENTH
8.	Antrag der Abgeordne Gisela Sengl u.a. und Initiative für eine baye Drs. 17/17175, 17/184	Fraktion (BÜNDNIS 90 rische Weidemilch erg	)/DIE GRÜNEN)	
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A	

9.	Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Mostereien in Bayern Drs. 17/17189, 17/18458 (E)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
10.	Antrag der Abgeordnet Josef Zellmeier u.a. CS Zusätzlicher beleuchte Drs. 17/17205, 17/1843	SU ter Parkplatz für Polize		03
	Votum des federführer Kommunale Fragen, In		port	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
11.	Dringlichkeitsantrag de Christine Kamm u.a. un Erfolgreichen Absolver die weitere Berufsausb Drs. 17/17269, 17/1856 Votum des federführen	nd Fraktion (BÜNDNIS nten von Einstiegsqual bildung ermöglichen 67 (A)	90/DIE GRÜNEN)	
	Verfassung, Recht und			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
12.	Dringlichkeitsantrag de Peter Meyer u.a. und F eJustice weiter vorantr Drs. 17/17271, 17/1850	raktion (FREIE WÄHL eiben!	rt Aiwanger, Florian St .ER)	reibl,
	Votum des federführen Verfassung, Recht und			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z

zur 114. Vollsitzung am 25. Oktober 2017

13.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert,
	Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
	Planungssicherheit für Geduldete und Ausbildungsbetriebe in Bayern verbessern
	Drs. 17/17273, 17/18569 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vom Land in den Mund – mehr bioregio in staatlichen Kantinen, bei Staatsempfängen und Festakten Drs. 17/17311, 17/18459 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Mehr neue Hecken und Feldgehölze in der Agrarlandschaft Drs. 17/17312, 17/18457 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

16.	Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Dr. Florian Herrmann,
	Oliver Jörg u.a. CSU
	Kleine und mittlere Vereine stärken
	Drs. 17/17448, 17/18435 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	ENTH	Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Grundschulen in Bewegung I – Dritte Sportstunde in der 1. Klasse Drs. 17/17488, 17/18574 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Grundschulen in Bewegung II – Qualität des Schulsports an Grundschulen sicherstellen!

Drs. 17/17489, 17/18573 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

zur 114. Vollsitzung am 25. Oktober 2017

19.	Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz,
	Inge Aures u.a. SPD
	EU-Japan-Abkommen darf nicht hinter gesetzte Standards zurückfallen
	Drs. 17/17506, 17/18561 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bayerische Interessen beim EU-Japan-Abkommen schützen Drs. 17/17521, 17/18562 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bayerische Finanzämter bei der Berechnung der Tarifglättung bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft nicht im Regen stehen lassen Drs. 17/17549, 17/18588 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD Konversion von Militärflächen für Kommunen erleichtern Drs. 17/17556, 17/18434 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Tobias Reiß, Ingrid Heckner u.a. CSU
 Gewalt gegen Lehrkräfte ist nicht hinnehmbar – Unterstützungs- und Präventionsangebote in den Mittelpunkt rücken Drs. 17/17568, 17/18575 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Innovative Ansätze und Formen in der Pflege durch Investitionskostenzuschüsse fördern

Drs. 17/17574, 17/18579 (E) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	Z	团	Z